

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 214 für Anhalt und Thüringen. 1921 Nr. 9

Bezugspreis: für hiesige und umliegende Bezirke monatlich RM. 1,60, vierteljährlich RM. 4,50, halbjährlich RM. 8,50, jährlich RM. 16,50. Fernab von Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6609 und 6610. — Postfachkonto: Leipzig 20612. Morgen-Ausgabe Freitag, 7. Januar. Anzeigenpreis: Die Spalte 24 mm breit 1000-2000mal 60. Die Spalte 30 mm breit 1000-2000mal 80. A. Saban nach Carl. Erstausgabe Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6930. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Uehle, Halle-Saale.

## Ein Ultimatum!

Die Botschafterkonferenz fordert die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren bis zum 15. Januar. — Marshall Soeh rasselt mit dem Säbel. — Das Programm der Pariser Konferenz

### Bayerns Entwarnung gefordert

(Von unserem Sonderberichterstatter h. Wajel, 6. Januar.)

Die „Morning Post“ berichtet:

Die Botschafterkonferenz hat den General Solet beauftragt, bis zum 15. Januar die Entwarnung der bayerischen Einwohnerwehren dem Alliiertenrat zur Verfügung zu bringen. Mit anderen Worten: Bis zum 15. Januar muß die Entwarnung der bayerischen Einwohnerwehren durchgeföhrt sein.

Der „Matin“ meldet, daß Marshall Soeh zu den Beratungen des Alliierten-Riesrates in Paris eingetroffen ist. Die Sitzung findet entgegen den ursprünglichen Bestimmungen erst am 8. Januar statt. Der „Matin“ spricht davon, daß die Frage des Einmarsches in das Ruhrgebiet zur Beratung liege.

Der Londoner Korrespondent des „Matin“ will aus unrichtigen englischen Kreisen erfahren haben, man sei englischerseits geneigt, die Einwohnerwehren in Bayern und Schwaben in jeder Hinsicht von drei Monaten auslösen zu lassen, so daß alle gefangenen Freiwilligen-Verbände in Deutschland Ende 1921 verhaftet werden können.

### Das Entwarnungsprogramm

X Paris, 6. Januar.

Die französische Presse zeigt sich von der Tatsache, daß England einer Zusammenkunft der Alliierten Ratspräsidenten für den 10. Januar zustimmt, außerordentlich befreut. Dem „Matin“ wurde im Ministerpostamt erklärt, daß es notwendig gewesen sei, Deutschland noch vor dem 1. Januar die Bedingungen des Friedensvertrages und des Protokolls von Spa in der Abrüstungsfrage zur Kenntnis zu bringen. Die Alliierten hätten das Wort der französischen Sanktionsweise begriffen. Wenn ein gewisser Teil der deutschen Presse behauptete, daß Frankreich allein gehandelt habe, ohne sich mit den übrigen Alliierten zu verständigen, so könne diese Polemik keine Folgen haben, weil es klar sei, daß Frankreich die Örgene eines einfachen Rekonstruktion nicht überschritten habe.

### Ein neues Kohlenabkommen

b. Paris, 6. Januar.

Das „Echo de Paris“ berichtet, der Wiederanbahnungsausschuß habe ein neues „Abkommen“ über die deutschen Kohlenlieferungen ausgearbeitet, das am 1. Februar nach dem Ablauf der Vereinbarungen von Spa in Kraft treten und bis zur Unterzeichnung des Abkommens über die Wiedergewinnung Geltung behalten soll. Es handelt sich nur um eine Regelung des Lieferungsverhältnisses, der kaum länger als 2 bis 3 Monate dauern wird.

Nach diesem Abkommen soll Deutschland den Verbänden zunächst einmal monatlich 250 000 Tonnen Kohlen liefern als Ersatz für die Kohlenlieferungen, die von deutschen Gruben zwar abgegeben, aber während des Transportes zur Grenze verschunden sind. Für diese Kohlenlieferungen werden die Verbände mit bisher Vorwissen und Kenntnis zahlen. Die Kohlenlieferungen werden auf 200 000 Tonnen monatlich festgelegt, da die Kohlenförderung in Deutschland seit der Konferenz von Spa gesteigert worden ist. Für die neuen Lieferungen werden keine Vorwissen mehr geföhrt. Die Verbände zahlen dem deutschen Kohlenindustriallverband eine Prämie, deren Höhe von der Quantität der gelieferten Kohle abhängt und den Betrag von 2 Goldmark für die Tonne erreichen kann. Die deutsche Regierung war aufgefordert worden, bis zum 3. Januar einzelne Bedenken gegen die Bestimmungen zu äußern. Sie hat den Termin verstrichen lassen, ohne eine Erklärung abzugeben.

Von zuständiger deutscher Seite wird über die bisherigen Verhandlungen erklärt: Am 27. September wurde in Paris mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die Transportverhältnisse die deutschen Kohlenlieferungen wahrscheinlich in Rüdstand geraten würden. Die Reparationskommission hat sich damit auch einverstanden erklärt, aber betont, daß in dem Falle die Mindernde nach gelieferter werden müssen. Nach nun die Verhandlungen für Februar-März angekündigt, so wird von uns verlangt, daß wir nicht nur diese promptly ausführen, sondern auch noch monatlich 0,2 Millionen Tonnen mehr liefern. Eine nicht abtransportierte Menge sollen zur Verfügung der Güterdelegierten und später abtransportiert werden. Geht es dies, dann sollen die Februar-März-Lieferungen als geliefert gelten. Staatssekretär Bergmann hat in Paris auf Anweisung der deutschen Regierung mitgeteilt, daß wir einfach abzuheben

Der Londoner Korrespondent des „Matin“ meldet, daß die Konferenz am 10. Januar sich über folgende sechs Punkte ausgesprochen werde:

1. Fortführung und Verminderung der Rüstungen Deutschlands.
2. Frage der Reichswehr.
3. Frage der Sicherheit und Ordnung.
4. Frage der Einwohnerwehren, Orgesch und anderer Freiwilligen-Organisationen.
5. Wiedergewinnung der Verwertung der deutschen Festungen.
6. Auslieferung der Geleisungsbahnen, der Erzeugung von Explosivstoffen und giftigen Gasen.

Was den Punkt 1 anbelangt, so ist England überzeugt, daß die Verminderung der deutschen Rüstungen sich im allgemeinen befriedigend vollziehe, doch gebe es noch immer verbotene Waffen. So sei namentlich eines der deutschen weiträumigen Geschütze noch nicht zum Verfall gekommen und auch keine von den 77-Millimeter-Schranzen die bei Kriegsende konstruiert wurden, sei bisher aufgefunden worden.

Bu Punkt 2-4 anerkennt das englische Kabinett die Tatsache, daß Deutschland zum 1. Januar die Reichswehr bei nur 100 000 Mann herabgesetzt habe. Bezüglich der Sicherheitsfrage erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht. Es wurde ihm allerdings aus dem Friedensvertrag zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern angedehnt, eine Polizei einzurichten, doch habe Deutschland eine solche nicht organisiert. Die Weidmannsgewehr-Kanonen und andere fliegende Geschütze, die Deutschland volle der Ordnung- und Sicherheitspolizei den Charakter einer wirklichen Armee geben. England erklärt aber, daß es über diesen Punkt von der Interalliierten Militärkontrollkommission keine genaue Mitteilung erhalten habe, so daß es sich keine richtige Meinung bilden könne. Wenn es sich bestätigen sollte, daß die Polizei eigentlich eine Armee beste, so würde die englische Regierung ebenso energisch wie die französische für die Auflösung dieser Polizei eintreten.

Ein Widerspruch besteht zwischen den beiden Regierungen in der Frage der Orgesch. England sei der Ansicht, daß Europa im nächsten Frühjahr durch den Bolschewismus bedroht sein werde, daher müsse Deutschland, da es in seiner Weidheit den kommunalistischen Theorien nicht geneigt sei, in der Lage sein, den bolschewistischen Infanterie nach dem Westen abzuwehren. Aus diesem Grunde wäre es unmöglich, Deutschland aufzugeben, die Freiwilligen-Organisationen sofort aufzulösen. Man könnte dafür eine Zeit von 9 Monaten feststellen, innerhalb derer drei und noch einmal zwei Monaten soll ein Teil dieser Organisationen verabschiedet werden.

Bezüglich des Punktes 5, Wiedergewinnung der Festungen in Ostpreußen, Schlesien und Western, stimmt die englische Regierung mit der französischen überein.

Am Punkt 6 erweist sich die englische Regierung noch energischer als die französische und fordert die Auslieferung aller Geheimnisse der Konstruktion von Explosivstoffen und Giftgasen. In diesen Bedingungen nachzukommen. Vielmehr müsse der Standpunkt, daß wir nicht einmal imstande seien, die Lieferungen, zu denen wir uns in Spa verpflichtet haben, unbedingt auszuführen, festgehalten werden. Bis Mitte Januar sollte eine Zusammenkunft der gegnerischen Regierungen abgehalten werden.

In Voraussicht dieser Schwierigkeiten wurde von deutscher Seite zu Anfang der Lieferungen festgestellt, was nur menschlich möglich war, um einen Vorstoß zu erreichen, was bei der damaligen guten Transportmöglichkeit auch gelungen ist. Später kamen der Kohlenmangel und die Abnahme der Kohlenlieferung hinzu, so daß der Vorstoß nicht aufrecht erhalten wurde, sondern die Lieferungen ins Hintertreffen gerieten.

An der deutschen Kohlenfront hat auch die Umstellung der deutschen Industrien auf Braunkohle nichts geändert. Im Gegenteil, die Anlagen aus der Textil- und Metallindustrie werden immer stärker, während die Erzeugung der Bergarbeiter sich recht ungünstig zu betragen ist. Trotzdem wird nicht nur restlose Nachlieferung verlangt, sondern auch noch eine Steigerung der im Spa-Abkommen festgelegten Lieferungen. Dazu kommt, daß trotz der festgesetzten Lieferungen die Kohlenmenge und der Kohlenpreis über die Kohlenlieferungen aus Osterreich erhöht gemacht haben, auch diese Lieferungen sind noch gekürzt werden sollen. Schließlich aber besteht auf alliierter Seite wieder so gut wie gar keine Pflicht, die Kohlentransporte oder die Kohlenverhältnisse zu verbessern. Die deutsche Regierung wird nunmehr versuchen, das ganze Material der Alliierten vorzuliegen, um das Unrecht so weit wie möglich zu beseitigen.

Was die Regelung des Auslieferungsbereiches anbelangt, so hat die englische Regierung sich dem französischen Projekt gegen die vorläufige Einstellung der Sabotageaktionen angeschlossen.

### Englischer Kreditplan

v. London, 6. Januar.

„Daily Mail“ teilt mit, der gegenwärtig von der englischen Regierung in Erwägung gezogene Kreditplan für den Handel mit Mittel- und Ostasien sei die Errichtung eines Ausschusses aller beteiligten Banken und Versicherungsanstalten vor. Die Regierung werde 15 Millionen Pfund zur Verfügung stellen. Wenn der Plan erfolgreich sein würde, kann man sich denken, daß der Betrag des Kapitals sich auf 100 Millionen Pfund erhöhen würde.

### Die Wirtschaftskrise in England

Unter der kritischen Lage der Weltwirtschaft leidet England von den europäischen Ländern so ziemlich am aller schwersten, weil es während der letzten zwei Jahre unter der bergangenen günstigen Geschäftslage ungenutzte Kapazität und Abrechnungen angeammelt hat, die es nunmehr bei der gänzlichen Stöckung der Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt nicht loslösen kann. Die Industrie in England wird nunmehr durch die andauernd schlechte Geschäftslage in ihrer Arbeitsmöglichkeit derart eingeschränkt, daß bereits ungeheure Betriebsstilllegungen notwendig wurden und sich nahezu 1 Million Arbeitsloser im europäischen England allein befinden. Die englische Regierung betrachtet diese Entvölkerung mit schwerer Sorge, denn nachgerade wird die Lage derart kompliziert, daß sich kaum ein Ausweg aus der immer katastrophaler werdenden Situation findet.

Es ist von Wichtigkeit, Englands Wirtschaft an der Wirtschaftskatastrophe in Europa zu unterhalten, damit die Fehler herausgefunden werden, die während der Zeit des Abschlusses des Friedens von Versailles gemacht wurden. Die englische Politik hat sehr wohl die Notwendigkeit einer internationalen Hilfsaktion zum Wiederaufbau Europas erkannt, und es darf keineswegs verhehelt werden, daß maßgebende englische Politiker ihr Möglichstes getan haben, um die Lage zu entvieren. Schon im Frühjahr 1920 tauchte in England der Plan auf, einen internationalen Kredit zusammenzubringen, der zugunsten der finanziell notleidenden Völker Verwendung finden sollte, damit durch die Auffrischung des europäischen Geldmarktes die Verbrauchsfähigkeit und die Steigerung der Produktion in allen Ländern wieder gleichmäßig eintreten kann. Dieser erst gemeinsame englische Plan scheiterte jedoch an der Sabotagepolitik Frankreichs einerseits und der gänzlichen Zurückhaltung der finanziell kräftigen Staaten, wie Nordamerika und der europäischen Neutralen. Diejenigen Länder, die während des Krieges Gelegenheiten hatten, infolge ihrer günstigen politischen Situation große Kapitalien anzuhäufen, haben in Wirklichkeit während der ganzen Zeit die übliche schamvolle Rolle gespielt wie der Kriegsgewinnler, der sein Geld nicht in den Dienst des allgemeinen Aufbaues stellt, sondern damit nur die Konjunktur in ungeländer Weise ausnützen will, um sich schließlich zu bereichern. Die Neutralen, wie Holland, Dänemark und die Schweiz, haben tatsächlich in den gefährlichsten Monaten nach dem Friedensschluß ihre Kapitalkraft dazu benutzt, um in Amerika aufgekauften Waren unter Ausnutzung ihres günstigen Valutastandes zu Wucherpreisen an die am Krieg beteiligt gewesenen Länder, die einen ungeheuren Bedarf hatten, zu verkaufen. Die Folge dieser ungelungenen Ausnutzung einer Weltkonjunktur zeigten sich darin, daß die europäischen Großmärkte finanziell von den kapitalkräftigen Neutralen am meisten und ausgeblendet wurden. Heute ist man endlich soweit gekommen, daß England, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und alle die noch in den Krieg verwickelt gewesenen Staaten absolut keine Konjunktur mehr haben. Mit ungeheuren Schwierigkeiten war es zwar gelungen, die Produktion überall in Gang zu bringen, aber wenn man geglaubt hätte, daß dieser Umstand eine günstige Wirkung auf die allgemeine weltwirtschaftliche Situation ausüben würde, so hat man sich wohl getäuscht. Die Wirtschaft hat batten sich allzu sehr auf die Konjunktur eingestellt und in dem Augenblick, als die ersten gefunden Wirkungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu verzeichnen waren, wurde auf einmal der Markt mit einem Überangebot von Erzeugnissen überflutet, während die finanziellen Kräfte durch die Wiederaufbauverträge auf immer schwächer wurden. Es zeigt sich also die Kürzbarkeit der Amerikaner und der Neutralen, die die anderen Völker arm gemacht haben und nunmehr gar keine Möglichkeit mehr besitzen, mit diesen Völkern in einen ausgiebigen Handelsverkehr einzutreten. Amerika leidet unter schwersten katastrophalen Wirtschaftsergebnissen, und es ist tatsächlich nichts anderes als eine Form der höchsten Gerechtigkeit, wenn heute die amerikanischen Zolltarife auf ihren idgen Gebieten sitzen und mit all ihren Milliarden seinen Segen weder im eigenen Lande, noch in den anderen Ländern stiften können.

England hat aber auch so ziemlich die schwersten Fehler begangen, die es machen konnte. Zunächst die eigenen Rohstoffe und die eigenen Erzeugnisse für den internationalen Markt freizugeben, um so den internationalen Wucherern Konkurrenz zu machen, hat es auch verübt, Vorteil aus der Konjunktur herauszuschlagen. Die Zurückhaltung der englischen Rohstoffe vom europäischen Markt hat eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf die allgemeine Wirtschaftslage ausgeübt. Es wäre gerade in den ersten Monaten der unveränderten Konjunktur notwendig gewesen, wenn ein Vermittler, der die Kraft dazu hatte, auf dem Markt eingeführt wäre, um die Konjunkturwirtschaft zu beleben. Sollte England feierzeit den europäischen Markt mit billigen Erzeugnissen anfluten, hätte es zur Entlastung Deutschlands die eigene Rohstoffe auf dem Markt gewonnen, so wäre niemals eine derart schlimme Verurteilung der notleidenden europäischen Völker möglich gewesen, und bei freier Bewegung der Wirtschaftsergebnisse hätten sich die Länder an ihrem Glend wieder aufzurichten können. Die englischen











# Halle und Umgebung

Halle, 7. Januar.

## Aus dem Haushaltsausfuhr

Vertrag der neuen Steuergruppen - Radverkehrsteuern - Von der Straßenbahn - Ausbau des Stadtparkdienstamtes - Das Penionsdienstalter des Herrn Döll.

Der Haushaltsausfuhr bezieht die Verwaltung der Vorlagen über die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert sowie über die Hausangelegenheiten und Grundsteuerneuer, um zuvor den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, zu den Vorlagen Stellung zu nehmen.

Zu verschiedenen Kapiteln des Haushaltsplanes waren wieder Kapitemitteilungen auszusprechen. So erörterte Kapitel 7 die Besetzung des Wohnungswesens eine Haushaltsausfuhr von 15 000 RM, die Besetzung des Wohnungswesens ein Mehr von 1300 RM. Für die Wohnbauarbeiten der Polizei wurden 1200 RM nachzubilligen. Für Hausarbeiten und Zuschinderarbeiten hat die Polizei 29 000 RM mehr verbraucht, für die Beschaffung und Beförderung der Befehlsmänner 20 000 RM mehr. Auch bei der Feuerwehrrauben Lieferleistungen des Staats hat. Unter anderem sind die Kosten für Justizhilfen, Desinfektionsmittel, Medizin, ärztliche Gebühren, Unterhaltung der Pferde gelitten, so daß sich eine Haushaltsausfuhr von 15 000 RM ergibt. Für Verkehrsstoffe hat die Feuerwehrrauben 20 000 RM mehr verbraucht. Die genannten Summen wurden nachzubilligen.

Der Verein „Jugendhilfe“, der bisher im Haushaltsplan mit 20 000 RM bedacht war, infolge der Ausbreitung seiner Tätigkeit nicht die Möglichkeit, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen und hat deshalb eine weitere Beihilfe von 10 000 RM erbeten. Die Summe wurde bewilligt.

Im Jahre 1918 sind für die städtische Straßenbahn 40 Anhängerwagen zum Preise von je 18 000 RM und 30 Motorwagen zum Preise von je 20 000 RM, bei der Wagenfabrik Waggonbau in Ratingen geordert worden. Bei der Bestellung wurde kein feiner Preis ausgemittelt. Die Firma ein Aufschlag von 5 Prozent ausgerechnet, falls die Preise steigen würden. Die Anhängerwagen sind inzwischen geliefert, die Lieferung der Motorwagen steht noch aus. Diese hat sich hinausgezögert, weil die Lieferung der elektrischen Ausrüstung, die die Stadt übernommen hatte, nicht rechtzeitig hätte erfolgen können. Die Waggonfabrik Wismar stellte nun infolge der geringeren Preise für alle Materialien und der geringeren Löhne eine erhebliche Preisreduzierung. Durch langwierige Verhandlungen ist es gelungen, mit der Firma einen Vergleich zu erzielen auf der Grundlage, daß die Anhängerwagen zu dem berechneten Preise abgenommen werden, während für die Motorwagen 2 Millionen RM zu bezahlen sind. Die Stadt hat das Recht, hierbei den Preis für 80 gelieferte Motorwagen zu je 20 000 RM in Anwendung zu bringen. Die Waggonfabrik Wismar erhält gleichzeitig das Recht, etwaigen Neubestellungen der Stadt auf Anhänger- oder Motorwagen für zehn Jahre zur Hälfte auszuführen, falls sie ein gleich günstiges Angebot macht, wie eine andere Firma. Wenn auch letztlich dadurch wurde, daß eine erhebliche Preisreduzierung zu stellen sei, so entschied man sich zur Annahme des Vergleichs aus dem Erwägung heraus, daß ein Vertrag nicht nur den Kauf der Stadt auslasten würde. Die Stadt hat auch ein erhebliches Interesse an der baldigen Lieferung der Motorwagen, weil ein Teil der jetzt benutzten Motorwagen sehr abgenutzt ist und im Monat 70 000 RM für Reparaturen aufgewendet werden müssen.

Während die Gebäude der Straßenbahn durch Selbstverleumdung der Stadt wegen Brandbegriffen gefährdet ist, ist der gesamte Wagenpark im Werte von 16 Millionen RM über unterfertigt. Des Weiteren kann nicht länger getragen werden. Deshalb entschloß man sich, den Wagenpark zur Hälfte der Stadtgesellschaft, zur Hälfte bei zwei Bauunternehmern zu veräußern. Die Hälfte hierfür betragen 17 000 RM. Die Hälfte soll auf drei Jahre im Voraus bezahlt werden, wofür ein Preisjahr gewährt wird. Hierfür wurden 60 000 RM bewilligt.

Im Jahre 1919 hat der Stadter Straßenbahn mit einem Festbetrag von 800 000 RM abgeschlossen. Diese wurden aus Kapitel IV, 7, des Haushaltsplans nachzubilligen.

Die Gebühr für die Benutzung des Kranenwagens ist wieder auf 10 RM festgesetzt. Im Vergleich zu der Summe der sonstigen Wagenbenutzung zu zahlen ist, ergibt diese Summe sehr gering und bedarf nicht der Berücksichtigung. Die Summe wird auf 30 RM erhöht. Auswärtige haben für Kranentransporte von und nach der Bahn 40 RM zu zahlen. — Die Stadt hat einen Betrag mit der Oberbergbauverwaltung abgeschlossen, nach welchem die Landarbeiter von dieser aufgenommen und zu versorgen sind. Die Oberbergbauverwaltung forderte eine Erhöhung der Pflegegebühren auf 4 RM. Der Vorlage wurde zugestimmt, die entsprechenden Kosten trägt zu dem Drittel der Landeshauptmannschaft. Bei der Beförderung der städtischen Dienstlichen mit Dienstmännern ist in den Haushalten eine beträchtliche materielle Summe eingesetzt, weil die Beförderung häufiger in der Regel durch die städtische Gasanstalt erfolgt. Diese ist für sich nicht mehr in der Lage, den Bedarf zu decken, so daß zur Ausrüstung der Gasanstalt mit demontiert werden muß. Wäre man die ausfallende Menge an Gas durch die Gasanstalt ersetzen, so würden 500 000 RM aufzuwenden sein. Da aber die Gasanstalt ergeblicher ist als Gaswerk, erfordert eine Summe von 300 000 RM für die Beförderung von Gittern ausbleibend. Diese Summe wurde bewilligt.

Wieder stehen im Dienste der Stadt fünf Ärzte. Davon sind zwei Gemeindevorsteher, während drei als Privatärzte betätigt sind. Da nun bei der Ausrüstung des Stadtkrankenhauses mitbestimmt ist, bezieht der Magistrat, zwei weitere Stellen in Beamtenstellen umzuwandeln, und zwar sollen der zweite Chirurg und der Polizeiarzt als Beamter angestellt werden. Sie werden in der Gruppe 10 der höchsten Besoldungsordnung eingestellt. Würden entstehen durch die Schaffung dieser Beamtenstellen nicht. Bei der Realisierung des diesjährigen Etats sind erstmalig 300 000 RM eingeleitet für die Schaffung eines städtischen Krankenhauses. Dafür sind sieben Räume, vier Köche und drei Bogen angeordnet worden. Bei dem günstigen Ergebnis dieser Bogen Einrichtung werden mehrere weitere Bogen angeordnet. Deshalb werden weitere 300 000 RM für diesen Zweck anbezahlt.

Das Gesetz der städtisch Angestellten um Einkommensverbesserung wurde dem Magistrat als Material überwiesen. Dadurch, daß Halle in die Kreisliste B eintritt, erhöhen sich auch die Bezüge dieser Gruppe, außerdem die der Väterausfuhr ihren zugehörigen. Auf die Pädagogik der 800 RM, die den städtischen Angestellten wie den Beamten als Bonus für gewährt werden kann unter den obwaltenden Umständen nicht verweigert werden. Eine Erhöhung der Bezüge ist durch das Sperrgesetz ausgeschlossen.

Bei dem städtischen Stadt- und Viehhof sind bis zum 1. Dezember 1920 die Erträge im Betrage von 90 000 RM zu verzeichnen. Weitere 144 000 RM sind noch zu ernten. Die Gesamtsumme von 234 000 RM soll aus dem Etat des Schlachthof- und Viehhofes abgezogen werden. Ob die Einnahmen sich in gleicher Weise erhöhen, konnte nicht festgestellt werden. Hierbei wurde angesetzt, durch Verminderung des Personals die Ausgaben herabzusetzen, da in die Schlachthöfen immer noch sehr gering sind, und eine volle Ausnutzung des Personals nicht möglich ist. Ein Beschluß wurde nach jeder Sitzung hin nicht gefaßt, soll bei der Entscheidung darauf zurückgekommen werden. — Die Erneuerung einer Weiden- und Gleisanlage auf dem Schlachthof- und Viehhof mit 6000 RM angelegt. Die Ausführung hat aber 27 000 RM erfordert. Die Überleitung wurde beantragt, da noch die Höhe zur Zeit der Ausführung teuer, als Material aber billiger geworden sei. Die Vorlage wurde nicht erledigt, da über den Grund der Bereuerung zum Aufnahm einbezogen werden soll.

Der zum belobten Stadtrat gewählte Herr Döll, der bisher bei der Ortskassendirektion angestellt war, hatte beantragt, daß ihm vier Jahre seiner dortigen Tätigkeit auf das Penionsdienstalter angerechnet werden mögen. Nach der bisherigen gesetzlichen Bestimmung kann nur die Zeit angerechnet werden, die im sonstigen Gemeinde- oder Staatsdienst verbracht ist. Nach nachträglicher Erwägung der Sachlage kann allerdings den Kranenlistangestellten der Charakter als Gemeindebeamter beigelegt werden. Man genießt sich schließlich dahin, Herrn Döll vier Jahre auf das Penionsdienstalter anzurechnen.

## Freigabe von Schulräumen für Versammlungszwecke

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat genehmigt, daß, wie bei früheren Wahlen, für die bevorstehenden Landtagswahlen den Gewählten der einzelnen Parteien zum Überlassung von Schulräumen zu Versammlungszwecken nach Möglichkeit zu entsprechen ist. Hierbei ist allen politischen Richtungen gegenüber gleiche Unparteilichkeit zu beobachten. Die Verfügungsbedingungen über die Schulräume (Magistrate, Schulverbände) sind berechtigt, die Überlassung der Schulräume von der Unterlegung eines angemessenen Betrages seitens der Kandidaten abhängig zu machen, um für alle Fälle die Erfüllung der Kosten zu sichern, sowie für die Reinigung, Heizung und Beleuchtung, sowie etwaige Entschädigungen in den Schulräumen an den Einrichtungengegenständen, Fensterputzen u. dergl. entstehen. Selbstverständlich darf der Unterlag durch die Bestimmungen in keiner Weise gefährdet werden.

## Strohhammer

### Diebstahl von Eisenbahnmaterial

Fünfzehn Personen, darunter zwei Frauen, aus Zornitzsch, Dieskau, Kleinhalbe, Kapellendorf, Zeitz, Osmünde, Bennwitz und Steuben haben unter der Anklage des Einbruches und des Diebstahls, sowie der Verletzung des Briefs, oder nur eines wurden verurteilt. Der Eisenbahnschaffner Friedrich Schwarz aus Zornitzsch und der Schaffner Friedrich Schatz aus Dieskau. Von den übrigen Angeklagten wurde ein Teil freigesprochen, während gegen den anderen Teil das Verbot auf Grund der Umwandlungsbestimmungen ausgesprochen wurde.

In den Jahren 1917 bis Anfang 1920 wurden aus Eisenbahnmateriale zum Bahnhofs Dieskau Lebensmittel in zum Teil größerer Menge gestohlen. Jäger, Grotzer, Voigt, Zeigener, Wöhlert, Poggenmühl, Margarine und Fleischwaren wurden gestohlen. Diebstahl, sowie der Verletzung des Briefs, oder nur eines wurden verurteilt. Der Eisenbahnschaffner Friedrich Schwarz aus Zornitzsch und der Schaffner Friedrich Schatz aus Dieskau. Von den übrigen Angeklagten wurde ein Teil freigesprochen, während gegen den anderen Teil das Verbot auf Grund der Umwandlungsbestimmungen ausgesprochen wurde.

Der Angeklagte war nach der Revolution in einem städtischen Regiment zum Leutnant ernannt worden, wofür er nur 6000 RM erhalten hat. Er wurde durch die neue 20 000 RM auf Aushebung anberaumt, er verheiratete mit dem Gelde nach Zeitz, wo er es zu veräußern begann, so daß er bei seiner Verhaftung nur noch 15 000 RM im Besitze hatte. Er sollte nach dem Verbot überlassen werden, doch wurde das Verbot von unabhängigen Beamten. Dem Angeklagten wurde ein Strafmaß von sechs Monaten und wurde auch angenommen. Er ließ hier die Wohnung eines Polizeibeamten ausleihen und legte auch unternehmerische das Werk Zeugnis 1. Klasse an. Im Jahre 1920 hat er einen Kredit von 10 000 RM mitgebracht. Als er in Berlin wieder verhaftet wurde, war gelang es ihm, sich auf verheiratete Weise aus der Militärverwaltung zu befreien. Er machte sich nun als Dr. Krüger an den Verein der Oberlehrer in Berlin heran, wo er sich für die Aufnahme der Oberlehrer ausgab; man ließ in ihm den Oberlehrer, der in Zeitz

Wiese für seine Landbesitzer wirken wollte, und vertraute ihm 400 und 1500 RM an, die für die Zwecke des Vereins verwendet werden sollten, u. a. auch zum Ankauf einer Schreibröhre; das Geld hat der Zeitzener Oberlehrer verlegt. Er erhebt sich gegen die Art, er hat nicht zurechnungsfähig zu ordnen das Geld eine Unterlegung auf seinen Gehaltskonto an und er wurde 6 Wochen in Mielieben befristet. Es wurden bei ihm erhebliche Störungen hervorgerufen, die schon früher vorhanden gewesen waren, aber durch einen Schuß in das linke Auge der rechten am Falle wieder herausgenommen war, noch verflärt wurden; diese nachherigen Störungen hatten eine vermehrte Zurechnungsfähigkeit zur Folge. Mit Rücksicht auf das Wohlwollen des Schreibröhrenhändlers billigte der Staatsanwalt dem Angeklagten mildernde Umstände zu und beantragte 3 Jahre Gefängnis. Das Gericht beurteilte ihn auf einer Bewährungsfrist von 5 Jahren Gefängnis, 6 Wochen Haft, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Verlegung in die zweite Klasse des Solobanlandes. Die Hofstrafe und 10 Monate Gefängnis wurden als durch die Unterlegungsfähigkeit bedingt gerechnet. Die Entscheidung wurde durch den Oberlehrer bestätigt.

Generalanwalt Dr. D. Wendler f. In Wittenburg forderte Generalanwalt Dr. D. Eugen Wendler im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbenen stand von 1899 bis 1907 als Major und Abteilungscommandeur in Rumburg, später war er Kommandeur des 75. Feldartillerie-Regiments in Wittenburg, im Sommer im Jahre 1914 Kommandeur des 20. Feldartillerie-Regiments in Rumburg, später bis zum Waffenstillstand Kommandant des belgischen Truppenübungsplatzes Beverloo.

In den preussischen Kirchenwahlen. In Bezug auf die bevorstehenden kirchlichen Wahlen liegt nachfolgende Aufklärung aus, wie bei den kirchlichen Wahlen der Wähler an einen Wahlprüfungsamt gebunden. Das kirchliche Gemeindeoberhaupt gewährt größere Freiheit und nach dem System der freien Listen das Recht, den Stimmzettel nach freier Auswahl aus den Wählerlisten eines oder mehrerer Wahlprüfungsämter auszumachen. Gemeindevorstand erlaubt die Berechtigung der Bitte unter die Bewerber nach der Zahl der auf je einfallenden Stimmen; nur bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Eine Berechtigung durch das Los wird aber kaum vorkommen, da je jeder einzelne, je auch nur ein einziger Wähler die Möglichkeit hat, durch entsprechende Wahl seines Stimmzettels (unter dem Namen des Gemeindevorstandes) Bewerber eines Wahlprüfungsamtes den Eintritt der Stimmengleichheit auszulösen.

Wahlen der Arbeiter-Beihilfer für das Gewerbeamt. Von der Allgemeinen Arbeitervereinigungsvereinigung für Halle und Umgegend und dem Mittelstädtischen Schutzverband zu Halle wird ausgeschrieben, daß am 9. Januar d. J. die Wahlen der Arbeiter-Beihilfer für das Gewerbeamt stattfinden. Es muß für jeden Arbeiter ein großer Stimmzettel sein, diesen Wahlen die erforderliche Unterstützung entgegenzubringen, wenn es möglich ist, wenn man in der jeweiligen Zeit die Gewerbeamtstellen für bedeutungsvollen annehmen würde. Es muß daher nicht jedes Arbeitnehmers sein, seiner Wahlprüfung zu genügen, wenn er nicht durch Wahlprüfung die Reihen der Wählergruppen fördern helfen will. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, welcher wenigstens einen männlichen oder weiblichen Arbeitnehmer für gewerbliche Zwecke beschäftigt. Die Wahlen für Arbeiter finden in der Zeit von 4-6 Uhr statt. Es ist notwendig, einen Wahlzettel im Besitz der letzten Gewerbeamtverwaltung oder Leitung des Wählervereins vorzuliegen. Die einzelnen Wahlzettel sind in den Wählervereinen, Gewerbeamt und außerdem in den Wahllokalen verteilt werden.

Generierung der Versicherungsarten zur Angestelltenversicherung. Während nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Anwartschaft und Hinterlassenen-Versicherung die Zahl der Versicherten im Jahre nach dem Jahre nur durch eine Erneuerung werden müssen, bestimmt § 185 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, daß die Versicherungsarten fünf Jahre nach dem Tage der Auslösung durch neue ersetzt werden müssen. Durch die lange Dauer des Vertrages ist es erforderlich, daß sowohl die Zahl der Angestellten, als auch die bei den Versicherungen und Firmen befindlichen Raten daraufhin geprüft werden, ob sie zu erneuern sind. Es sei betont, in dem die Raten ohne Prüfung, wenn das Versicherungsabkommen länger als 5 Jahre zurückliegt. Die Ratenzusammenstellungen stellen die neuen Raten aus.

Die Schulprogramme hören auf. Nach einer neueren Verfügung des Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung sollen die bis zum Jahre 1919 im Reichsbildungsamt der Schulen festgelegten Schulprogramme, insbesondere die Schulprogramme und zu den Alten genommen werden. Das bedeutet, daß für die nächsten Jahre ein Lehrbuch über den Unterricht und die Verwaltung der höheren Schulen nicht mehr möglich sein wird. Die städtischen Schulbehörden werden, früher eine Rundreise für die Ermittlung der Schulprogramme, falls diese im Reichsbildungsamt nicht stattgefunden, in einem Augenblick, in dem die Schule nicht, sich umgesehen, dazu, diese ungenügende Lehrbücher völlig aus dem Geschäftsbereich des Publikums zu räumen. Die Veränderung gewisser Lehrbücher, die Umgestaltung bestimmter Teile des Unterrichts werden keinen Grund haben, demnach, wenn es unterliegt keinem Zweifel, daß zu den Alten genommenen landwirtschaftliche Lehrbücher nicht mehr der Öffentlichkeit zugänglich sein werden.

Ende der Bauwirtschaft für König und Vienenauer. Dem Reichsanwaltamt für Gesundheit und Landwirtschaft wird mitgeteilt, daß die Zulassung von Vienenauer nicht mehr von der Zulassung von König abhängig gemacht wird und eine Nebenbedingung des Reiches mit Vienenauer durch die landliche Sondergerichtsstelle nicht mehr stattfindet, werden die entsprechenden Bestimmungen über den Verkehr mit König vom 1. Januar 1921 an aufgehoben. Der preussische Staatsminister für Volks- und Landwirtschaft hat angeordnet, daß die Sondergerichtsstelle mit dem 1. Dezember aufgehört wird. Mit der Zulassung von Vienenauer wurde vom 1. Januar 1921 an das preussische Landgerichtamt befreit.

Das Amt Vienenauer teilt mit: Durch die höchsten Landesgerichte ist eine Kandidat bedrückt, daß bei Voraussetzungen der Umfassung eines 5 bzw. 6proz. Prozente Vergütung seitens des Umfassungserlasses erfolge. Diese Mittelklasse ist von nicht bedrückt. Ein hier eingeleiteter Beschwerdeverfahren ist noch nicht mehr bedrückt. — Das Reich der gelben Schiefer konnten der Rechnungszug an der höchsten Universität und seine Gattin am 4. d. M im Kreise ihrer Kinder und geliebter Freunde feiern.

## Samilien-Nachrichten.

Oberrt. Apotheker Oscar Fromme (geb. 1884). Verlobung: Eva Frieda mit Dr. med. Reinhold Reimann. — Oberrt. Apotheker Hermann Gerdman im 50. Lebensjahr. — Am 5. Januar Marie S. ob. geb. Hedmer im 36. Lebensjahr. — Am 5. Januar Oberrt. Apotheker Friedrich Domach im 82. Lebensjahr. — Am 4. Januar Agnes Zeufelatin geb. Schneider im 88. Lebensjahr.

